

Zehn Jahre längere Laufzeiten – Belgien forciert die Atom-Renaissance

Welt, 12.07.2024, Michael Gassmann

https://www.welt.de/wirtschaft/energie/plus252482360/Atomkraft-10-Jahre-laengere-Laufzeiten-Belgien-forciert-die-Atom-Renaissance.html?sc_src=email_6182614&sc_lid=611265311&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=610&sc_cid=6182614&cid=email.crm.lc.eq.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6182614&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Noch hat der kommende belgische Regierungschef Bart De Wever nicht einmal eine Koalition gebildet. Doch bereits jetzt kündigt er an, dass er mehrere Kernkraftwerke länger laufen lassen möchte. Ein belgisches Nachbarland plant sogar den Neubau von Atommeilern.

Der wahrscheinlich künftige Regierungschef Bart De Wever will zwei Atommeiler mindestens bis zum Jahr 2045 laufen lassen, also zehn Jahre länger als bisher vorgesehen. Das berichten belgische Medien. Gleichzeitig soll eine Laufzeitverlängerung auch für ältere Atomkraftwerke geprüft werden, die eigentlich im kommenden Jahr vom Netz gehen sollten. Insgesamt sind fünf Reaktoren im Land in Betrieb.

De Wever habe den für die Stromerzeugung verantwortlichen Konzern Engie über entsprechende Pläne in Kenntnis gesetzt. Es bestehe die Absicht, sich „maximal“ für die Kernkraft einzusetzen, ließ er den Stromversorger wissen. Der Vorstoß ist eine der ersten Aktionen überhaupt, nachdem der 53-jährige Politiker aus der gemäßigten flämisch-nationalen Partei N-VA (Neue flämische Allianz) kürzlich vom belgischen König mit der Regierungsbildung beauftragt wurde.

Beobachter sind verblüfft über den frühen Zeitpunkt. Die nationalen Wahlen vor knapp einem Monat brachten einen politischen Richtungswechsel. Doch ein möglicher Erfolg der laufenden Verhandlungen über ein neues Parteienbündnis liegt noch in der Ferne. Sicher scheint, dass eine künftige Regierung ohne Beteiligung der kernkraftskeptischen Grünen zustande kommt.

Inhaltlich überrascht der Schritt De Wevers kaum. Seit Jahren spricht sich der Politiker für ein Comeback der Atomkraft aus, auch zu Zeiten, als in Belgien ein – inzwischen revidierter – Ausstiegsbeschluss galt. „Ein Ausstieg ist keine gute Idee“, sagte De Wever beispielsweise bei einem Besuch des Standorts Doel vor vier Jahren: „Wir können die Kernkraft wesentlich länger nutzen.“

„Deutschland schwimmt gegen den Strom. Das ist einfach dumm“

Später wurde er in einer Fernseh-Diskussion deutlicher und kritisierte dabei auch das östliche Nachbarland. „Deutschland und Belgien schwimmen gegen den Strom. Das ist einfach dumm“, meinte er in der TV-Sendung „De Tafel van Vier“ („Vierer-Tisch“).

Er berief sich unter anderem auf eine Studie des Netzbetreibers Luminus, die angesichts der Elektrifizierung des Verkehrs, des Wärmemarkts und industrieller Prozesse eine Verdreifachung des Stromverbrauchs binnen weniger Jahre voraussagte. Solar und Windkraft könnten den steil steigenden Bedarf allein nicht

decken, während ergänzende Gaskraftwerke auch angesichts der Klimaprobleme als alleinige Alternative keine Lösung böten, zeigte sich De Wever sicher.

Dabei sollten ursprünglich alle belgischen Kernkraftwerke bis 2025 abgeschaltet werden. Ein ehrgeiziges Programm, denn das Land erzeugt rund die Hälfte der Elektrizität nuklear. Bereits die abgewählte Regierung unter dem liberalen Premierminister Alexander De Croo hatte den Ausstiegsbeschluss allerdings vor gut zwei Jahren gekippt und entschieden, das nahe der deutschen Grenze gelegene Kernkraftwerk Tihange 3 sowie den Reaktor Doel 4 bei Antwerpen bis 2035 weiterlaufen zu lassen.

Jetzt geht De Croos voraussichtlicher Nachfolger beträchtlich über diese Pläne hinaus. Zusätzlich zur Verlängerung um ein weiteres Jahrzehnt soll nun auch für drei weitere Reaktoren, ebenfalls gelegen an den Atomstandorten Doel und Tihange, eine Verlängerung der Nutzungsdauer geprüft werden.

Eine Umsetzung würde bedeuten, dass Belgien auf absehbare Zeit über rund vier Gigawatt Kernkraft verfügen würde, eine Verdoppelung gegenüber dem bisherigen Plan. Die beiden als „Pannenreaktoren“ Doel 3 und Tihange 2, die in Deutschland viel Kritik auf sich gezogen hatten, sind dabei nicht mitgerechnet. Sie wurden definitiv außer Betrieb genommen.

Eine Ausweitung der Kernkraftherzeugung in Belgien steht vor Problemen

Ob eine neue Regierung die Ausweitung der Kernkraftherzeugung in diesem Ausmaß tatsächlich umsetzen kann, steht in den Sternen. Erste Voraussetzung wäre ein Erfolg der laufenden Koalitionsverhandlungen, die aufgrund der komplexen belgischen Parteienstruktur als äußerst kompliziert gelten.

Die nationale Nuklearaufsichtsbehörde FANC müsste zudem einen Weiterbetrieb absegnen, was als zweifelhaft, aber nicht unmöglich gilt. Sollte erneut staatliche Unterstützung fließen – was unvermeidbar sein dürfte –, müsste außerdem auch die EU-Kommission zustimmen.

Mit der Regierung De Croo hatte der französisch dominierte Stromversorger Engie nach dem Urteil von Branchenkennern äußerst vorteilhafte Konditionen für die erste Stufe der Laufzeitverlängerung vereinbart. So wurden die vom Unternehmen zu tragenden Kosten für die Handhabung von Atommüll auf 15 Milliarden Euro gedeckelt.

Gleichzeitig können die Franzosen hoffen, einen garantierten Strompreis von 81 Euro je Megawattstunde aus den Meilern bis 2035 zu erhalten – ein mehr als auskömmliches Niveau.

Das mühsam ausgehandelte Paket wolle der Konzern wohl nicht erneut aufschnüren, mutmaßen Beobachter. Doch der als gewiefter Taktiker geltende De Wever, derzeit formal noch im Amt als Bürgermeister von Antwerpen, habe Engie auf die neue Richtung in Sachen Kernkraft eingestimmt.

Der Konzern müsse diese Perspektive bereits jetzt bei den Vorbereitungen und den laufenden Arbeiten für die erste Stufe der Laufzeitverlängerung berücksichtigen. De

Wever wolle mit seinem Vorpreschen wohl späteren Ausreden von Engie vorbeugen, nun sei es „zu spät“ für weitere Änderungen, mutmaßt das Wirtschaftsblatt „De Tijd“.

Neubewertung der Kernkraft in den Niederlanden

Belgien folgt einem Trend. Auch in den benachbarten Niederlanden ist es in den vergangenen Jahren zu einer Neubewertung der Kernkraft gekommen. Die dortige Regierung geht sogar weiter, denn sie peilt auch Neubauten an. Im Koalitionsvertrag zwischen den rechtskonservativen vier Regierungsparteien ist von bis zu vier neuen Reaktoren die Rede

In der Bevölkerung schrumpft derweil die traditionell ablehnende Haltung der Niederländer gegenüber der Atomenergie. Nach einer Umfrage des nationalen Statistikbüros CBS von Ende 2023 befürworten inzwischen 36 Prozent eine Ausweitung der Nutzung. Drei Jahre zuvor betrug der Anteil der Skeptiker 25 Prozent. Am positivsten eingestellt waren danach die Einwohner von Zeeland – dem Landesteil, in dem der einzige Meiler des Landes steht, der Forschungsreaktor Borssele.

Skeptiker melden indes Zweifel an, ob die absehbar hohen Milliardeninvestitionen sich für das Land rechnen würden. Gegenwärtig ist der niederländische Kernkraft-Ausstieg weitgehend vollzogen. Borssele trägt nicht einmal drei Prozent zur Stromversorgung bei. Doch das könnte sich ändern. Nach dem nationalen Energieplan (NPE) soll die nukleare Erzeugungskapazität bis 2037 durch zwei Neubauten von derzeit 0,5 Gigawatt auf 7,0 Gigawatt steigen, rechnete die Bank ABN Amro in einer Studie vor.

Im März verabschiedete das Parlament in Den Haag einen Antrag, wonach die Regierung einen Plan ausarbeiten soll, bis 2040 zwei weitere Meiler fertigzustellen.

Parallel prüfen die Niederländer die Chancen kleiner Reaktoren, der „Small Modular Reactors“ (SMR). Für deren Erforschung wurde im Frühjahr ein Budget von 65 Millionen Euro freigegeben. Es ist ein weiterer Mosaikstein, der das Gesamtbild einer Renaissance der Atomenergie in der Benelux-Region vervollständigt.